

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Mai 2024

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
EU-Ausschuss der Regionen: Stellungnahme zur Europäischen Garantie für Kinder	1
EU-Rat: Schlussfolgerungen zu Kindern, Jugendlichen und Kinderrechten	1
EU-Ratspräsidentschaft: neuer Kompromiss zu sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet	1
EU-Kommission leitet Verfahren gegen Meta wegen Verstoßes gegen EU-Jugendschutzregeln ein	1
Endgültige Beschlüsse: Asylpakt, Menschenhandel, Gewalt gegen Frauen, KI, Lieferketten	2
EuGH-Urteil stärkt die Gleichbehandlung von Grenzgänger:innen beim Kindergeld	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	2
Österreich: Familiennachzug zu Geflüchteten soll mit DNA-Tests beschränkt werden	2
Schweiz: Was junge Menschen über die sinkende Geburtenrate denken	3
Schweiz: Bericht zur Umsetzung der Neuordnung der Pflegefinanzierung	3
Schweiz: Forschungsbericht zum Bundesbeitrag zu den Kosten der Eltern für die Kinderbetreuung	3
Polen verpflichtet Krankenhäuser, Ärzt:innen für Abtreibungen bereitzuhalten	3
Italien: Armut erreicht höchstes Niveau seit einem Jahrzehnt, neuer Rechner für Armutsgrenzen	4
Weitere Nachrichten	4
Belgische Ratspräsidentschaft: Konferenz zur Europäischen Garantie für Kinder	4
Europäische Expertengruppe: Aufruf zur stärkeren Prävention der Heimunterbringung von Kindern	5
Eurostat: Lebenserwartung 2023 in der EU um 0,9 Jahre gestiegen	5
30. Jubiläum des Jahres der Familie	5
Berichte und Studien	5
COFACE Families Europe: Lage der Europäischen Union für die Familien 2019-2024	5
UNICEF: Spiele und Wohlergehen von Kindern	6
UNICEF u. a.: Maßnahmen gegen Gewalt von Intimpartnern und Gewalt gegen Kinder	6
EU-Forschungsbericht zur nationalen Umsetzung der Work-Life-Balance-Directive	6
EU-Forschungsbericht: Techniken und Anforderungen für die Alterskontrolle im Internet	7
Neue Studie zur globalen Krankheitslast: Kindersterblichkeit trotz Pandemie gesunken	7
Umfrage der TUI-Stiftung: Was junge Menschen von Europa halten	7
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Ausschuss der Regionen: Stellungnahme zur Europäischen Garantie für Kinder

In seiner Stellungnahme fordert der Europäische Ausschuss der Regionen eine Verbesserung der Inklusion von Kindern durch die Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder auf lokaler und regionaler Ebene. Er spricht sich unter anderem für ein Modell der Multi-Level-Governance aus, bei dem die lokalen Gebietskörperschaften aktiver und entschiedener in die Mittelverwaltung und Planung wirksamer Maßnahmen zur unmittelbaren Deckung der Bedürfnisse von Kindern eingebunden werden. Außerdem unterstützt er den Vorschlag des Europäischen Parlaments, nach dem Vorbild der Kulturhauptstadt Europas eine Kinderhauptstadt Europas mit besonderem Schwerpunkt auf Kindern und ihren Rechten und Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe ins Leben zu rufen.

- [Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen zur Europäischen Garantie für Kinder](#) 

EU-Rat: Schlussfolgerungen zu Kindern, Jugendlichen und Kinderrechten

Die vom Rat angenommenen Schlussfolgerungen zu den Rechten des Kindes fordern dazu auf, die Rechte des Kindes in die einschlägigen Politiken zu integrieren, die Beteiligung der Kinder zu fördern und ihr Wohlergehen in den Vordergrund zu stellen. In den Schlussfolgerungen wird empfohlen, die Kinderrechte in alle relevanten Politikbereiche zu integrieren und nationale Strategien oder Maßnahmen für Kinderrechte zu entwickeln und umzusetzen. Vor allem fordert der Rat, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen strukturell in Entscheidungsprozesse eingebettet wird, und unterstreicht das Recht der Kinder, über ihre Rechte sowie über ihre Verantwortung und Rolle bei der Verwirklichung einer integrativen Gesellschaft informiert zu werden.

- [Conclusions of the Council on the policy agendas on children, youth and children's rights](#)  

EU-Ratspräsidentschaft: neuer Kompromiss zu sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet

Ein neuer Kompromisstext der belgischen Ratspräsidentschaft für einen Gesetzentwurf gegen Onlinematerial über sexuellen Kindesmissbrauch (CSAM) schließt Audiokommunikation aus dessen Anwendungsbereich aus und versucht, ein neues Gleichgewicht zwischen Verschlüsselung und Bekämpfung von CSAM zu finden. Die Verordnung zielt darauf ab, ein System zur Aufdeckung und Meldung von Onlinematerial über sexuellen Kindesmissbrauch zu schaffen. Das Vorhaben wird kritisiert, weil es den Justizbehörden ermöglichen könnte, das Scannen privater Nachrichten auf Plattformen wie WhatsApp oder Gmail zu verlangen (s. [AGF-EuropaNews 4/24](#)).

EU-Kommission leitet Verfahren gegen Meta wegen Verstoßes gegen EU-Jugendschutzregeln ein

Die Europäische Kommission hat ein förmliches Verfahren eingeleitet, um zu prüfen, ob Meta, der Anbieter von Facebook und Instagram, möglicherweise gegen das Gesetz über digitale Dienste (DSA) verstoßen hat. Die Kommission ist besorgt, dass die beiden Plattformen und ihre Algorithmen Suchtverhalten bei Kindern und Jugendlichen fördern können und dass die Methoden zur Altersüberprüfung unzureichend seien. Weitere mutmaßliche Verstöße betreffen die Strategien und Praktiken von Meta in Bezug auf irreführende Werbung und politische Inhalte in seinen Diensten. Darüber hinaus vermutet die Kommission, dass der Mechanismus zur Kennzeichnung illegaler Inhalte in den Diensten („Notice-and-Action“) sowie die Rechtsbehelfe der Nutzer:innen und interne Beschwerdemechanismen nicht den Anforderungen des Gesetzes über digitale Dienste entsprechen und dass Meta bei der Bereitstellung des Zugangs zu öffentlich zugänglichen Daten für Forscher:innen Mängel

aufweist. Mit der Einleitung eines förmlichen Verfahrens wird die Kommission ermächtigt, weitere Durchsetzungsmaßnahmen wie einstweilige Maßnahmen und Beschlüsse wegen Nichteinhaltung zu ergreifen. Ein ähnliches Verfahren gegen TikTok hat nach zwei Tagen dazu geführt, dass TikTok eine beanstandete Belohnungsfunktion abgeschaltet hat.

- [EU-Kommission: förmliches Verfahren gegen Facebook und Instagram](#)

Endgültige Beschlüsse: Asylpakt, Menschenhandel, Gewalt gegen Frauen, KI, Lieferketten

Mit der Zustimmung des Ministerrates am 14. Mai 2024 ist das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) und die damit verbundene Verschärfung der europäischen Regeln für Asyl und Migration endgültig beschlossen. Es wurden Ergänzungen vorgenommen, die zum Teil die Änderungen des EU-Parlamentes abschwächen (s. z. B. Art. 13 (2) zur Inhaftierung von Kindern). Die zehn Gesetze wurden jeweils mit 2-4 Gegenstimmen und 2-3 Enthaltungen – vor allem aus Osteuropa – angenommen; zwei weitere Länder waren nicht vertreten. Bereits im April hatte das Europäische Parlament für die umstrittene Reform gestimmt (s. [AGF-EuropaNews 4/24](#)). Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, die Gesetze in die Praxis umzusetzen.

Diese und vier weitere Richtlinien wurden endgültig beschlossen, über die bereits in den AGF-EuropaNews berichtet wurde:

- [Richtlinie zur Aufnahme Schutzsuchender im Amtsblatt der EU](#) 
- [Aufnahme der Ausbeutung von Leihmutterchaft, Zwangsheirat und illegaler Adoption in die Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels](#)  (s. [AGF-EuropaNews 4/24](#))
- [Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im Amtsblatt der EU](#)  (s. [AGF-EuropaNews 4/24](#))
- [Richtlinie zu künstlicher Intelligenz \(KI\)](#) 
- [Richtlinie zu Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit](#)  (s. [EuropaNews 4/24](#))

EuGH-Urteil stärkt die Gleichbehandlung von Grenzgänger:innen beim Kindergeld

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass Grenzgänger:innen die gleichen sozialen Vergünstigungen erhalten müssen wie gebietsansässige Arbeitnehmer:innen. In Luxemburg hatte eine Gesetzesänderung dazu geführt, dass einem belgischen Arbeitnehmer, der in Luxemburg arbeitet und in Belgien wohnt für ein Pflegekind, das in seinem Haushalt untergebracht ist, anders als die Jahre zuvor, kein Kindergeld mehr erhalten hatte. Mit der Gesetzesänderung haben Grenzgänger:innen das Kindergeld, anders als gebietsansässige Arbeitnehmer:innen, nur noch für leibliche oder adoptierte Kinder erhalten. Diese Regelung führt dem EuGH-Urteil zufolge jedoch zu einer Ungleichbehandlung und verstößt daher gegen Unionsrecht. Es handele sich dabei um eine indirekte Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit.

- [Urteil des EuGH](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Österreich: Familiennachzug zu Geflüchteten soll mit DNA-Tests beschränkt werden

In den Corona-Jahren durften Angehörige von Geflüchteten nicht zu ihren Familien nach Österreich ziehen. Seit dem Pandemie-Ende steigen die Zahlen wieder. Österreichs Kanzler Nehammer will den Familiennachzug nun mit

DNA-Tests erschweren. Im Rahmen von Familienzusammenführungen sollen auch Überprüfungen mit Hilfe von Dokumenten-Experten und Sicherheitsbeamten verschärft werden.

Schweiz: Was junge Menschen über die sinkende Geburtenrate denken

In der Schweiz ist die Geburtenrate auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren: Sie liegt bei 1,39 Kindern pro Frau. Swiss Info hat eine Umfrage unter Jugendlichen durchgeführt, um die Gründe für die geringe Bereitschaft, eine Familie zu gründen, zu erforschen: Das Geschlechtergefälle, die wirtschaftliche Benachteiligung derjenigen, die Kinder haben, gegenüber denjenigen, die keine haben, aber auch der Wunsch nach Selbstverwirklichung und ökologische Bedenken sind die Hauptgründe. Zudem sind sich die Befragten bewusst, dass die Zukunft des Landes immer unsicherer wird: Es fehlt an Arbeitskräften, Spitälern, Schulen und Nachwuchs.

Schweiz: Bericht zur Umsetzung der Neuordnung der Pflegefinanzierung

Vor mehr als zehn Jahren wurde in der Schweiz eine neue Pflegefinanzierung in Kraft gesetzt. Sie legt fest, wie Pflegeleistungen im Pflegeheim und zu Hause durch die Krankenversicherung, die Pflegebedürftigen und die Kantone finanziert werden. Der Bundesrat, die Schweizer Regierung, hat einen Bericht über den Stand der Umsetzung der Neuordnung zur Kenntnis genommen. Bei der Restfinanzierung durch die Kantone besteht demnach weiterhin Verbesserungspotential.

Schweiz: Forschungsbericht zum Bundesbeitrag zu den Kosten der Eltern für die Kinderbetreuung

Das Schweizer Parlament berät derzeit eine Initiative zur Überführung der Anstoßfinanzierung der Kinderbetreuung in eine dauerhafte Lösung. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats, der Parlamentskammer der Kantone, (WBK-S) hat aktuell die Einführung einer Betreuungszulage gemäß Familienzulagengesetz zur Stellungnahme vorgelegt, die die Eltern in Bezug auf die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung entlasten soll. Sie legt damit einen Alternativvorschlag zur Einführung eines Bundesbeitrags vor, wie ihn der Nationalrat vorsieht, die Kammer des Volkes. Der Bericht „Bundesbeitrag an die Kosten der Eltern für die familienergänzende Betreuung“, den das Forschungs- und Beratungsbüro INFRAS im Auftrag des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) erstellt hat, zeigt eine Möglichkeit auf, wie der Bundesbeitrag gemäß dem Entwurf der entsprechenden Kommission des Nationalrats WBK-N berechnet werden könnte. Der deutschsprachige Bericht ist online in den Forschungspublikationen des BSV abrufbar.

Polen verpflichtet Krankenhäuser, Ärzt:innen für Abtreibungen bereitzuhalten

Mit einer Änderung der Anwendung von Gewissensklauseln im Abtreibungsrecht müssen Krankenhäuser nun sicherstellen, dass mindestens eine:r ihrer Ärzt:innen in der Lage und bereit ist, Abtreibungen in den gesetzlich zulässigen Fällen vorzunehmen. Dies gilt beispielsweise, wenn das Leben oder die Gesundheit der Mutter in Gefahr oder wenn die Schwangerschaft das Ergebnis einer Vergewaltigung ist. Da Ärzt:innen das Recht haben, sich auf eine Gewissensklausel zu berufen und die Durchführung eines medizinischen Eingriffs aus religiösen oder moralischen Gründen zu verweigern, konnte es bisher geschehen, dass in einem Krankenhaus niemand eine Abtreibung durchgeführt hat – was zum Tod einer Patientin geführt hatte. Dies wird nun in Fällen ausgeschlossen, in denen der Aufschub des Eingriffs zu einer Verschlechterung der Gesundheit der Patientin führen würde.

Italien: Armut erreicht höchstes Niveau seit einem Jahrzehnt, neuer Rechner für Armutsgrenzen

Der Bericht des italienischen Statistikamtes (ISTAT) stellt fest, dass Armut in Italien so hoch wie seit zehn Jahren nicht mehr ist, obwohl das italienische BIP wieder das Niveau von vor der Krise 2007 erreicht hat. Absolute Armut habe zugenommen (Anstieg seit 2014 um drei Prozentpunkte auf 9,8 % der italienischen Bevölkerung. Betroffen seien vor allem Personen im erwerbsfähigen Alter und deren Kinder, da die Kaufkraft der Bruttolöhne stark gesunken ist. Zudem habe sich die Kluft zwischen den wohlhabendsten und den ärmsten Familien vergrößert.

ISTAT hat außerdem eine neue Version seines Onlinerechners für die absoluten Armutsschwellen veröffentlicht. Er wurde auf der Grundlage einer neuen Berechnungsmethode erstellt, die von einer speziellen nationalen Studienkommission unter Beteiligung von Wissenschaftler:innen und Sachverständigen entwickelt wurde. Die neuen absoluten Armutsschwellen stellen den Geldwert des Warenkorb zu laufenden Preisen dar, der für jede Familie als wesentlich erachtet wird, um schwerwiegende Formen der sozialen Ausgrenzung zu vermeiden. Somit gibt es so viele absolute Armutsschwellen, wie es Kombinationen aus Familientyp (ermittelt als Kombination aus Anzahl und Alter der Mitglieder), Region und Art der Wohngemeinde gibt. Eine Familie ist absolut arm, wenn sie monatliche Konsumausgaben hat, die diesen Geldwerten entsprechen oder darunter liegen.

- [ISTAT: Onlinerechner für Armutsgrenzen](#) 

Weitere Nachrichten

Belgische Ratspräsidentschaft: Konferenz zur Europäischen Garantie für Kinder

Am 2. und 3. Mai führte der belgische Ratsvorsitz eine Veranstaltung zur Europäischen Garantie für Kinder durch. Die Garantie bekämpft Armut und soziale Ausgrenzung durch die Gewährleistung des Zugangs zu wichtigen Dienstleistungen für Kinder in sozial prekären Situationen. Seit März sollen die Mitgliedstaaten ihre Fortschrittsberichte über ihre Umsetzung einreichen. Dies haben derzeit lediglich 11 Staaten getan. Die Konferenz war gleichzeitig das 15. Treffen der nationalen Koordinator:innen, die einander über die aktuellen Umsetzungsstände informierten.

Neben den nationalen Koordinator:innen brachte diese Konferenz ein breites Spektrum von Akteuren zusammen, darunter Familien – und Kinderrechtsorganisationen sowie weitere Akteure der Zivilgesellschaft. Ihre Majestät, Königin Mathilde der Belgier:innen, nahm ebenfalls an der Konferenz teil. Für Deutschland berichtete die nationale Koordinatorin, PStin Ekin Deligöz. Sie ging dabei auch auf die aktuellen Lücken im System der Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut, insbesondere im Bildungsbereich und dem Erreichen von Familien mit Leistungen, ein. An dem zweiten Tag wurden in Workshops vor allem zwei Themen diskutiert: zum einen die Beteiligung an der Politik für Kinder in Not und zum anderen der Zugang zu frühkindlicher Bildung und Betreuung. Am Rande der Veranstaltung ergab sich Gelegenheit für einen Austausch von Eurochild, Save the Children Europe, UNICEF sowie COFACE/AGF mit Ekin Deligöz zur Bekämpfung von Kinderarmut in Deutschland. Diese und 15 weitere Organisationen aus der EU Alliance for Investing in Children hatten in einer gemeinsamen Stellungnahme gefordert, den generationenübergreifenden Kreislauf der Kinderarmut zu durchbrechen.

- [Caritas, COFACE, Eurochild, Save the Children, SOS Children's Villages, UNICEF u. a.: Joint statement](#) 

Europäische Expertengruppe: Aufruf zur stärkeren Prävention der Heimunterbringung von Kindern

Der Europäischen Expertengruppe für den Übergang von der institutionellen zur gemeinschaftsbasierten Betreuung (EEG) gehören Organisationen wie UNICEF, Eurochild oder COFACE an. Sie hat anlässlich der Konferenz zur Europäischen Garantie für Kinder des belgischen EU-Ratsvorsitzes (s. voriger Artikel) eine gemeinsame Stellungnahme veröffentlicht. In ihr wird begrüßt, dass viele Nationale Aktionspläne (NAP) Maßnahmen im Bereich der Deinstitutionalisierung für Kinder enthalten. Die Organisationen fordern jedoch, dass der Schwerpunkt verstärkt auf Prävention und frühzeitige Intervention, einschließlich frühkindlicher Intervention, und die Unterstützung für Eltern und Betreuer:innen gelegt wird. Diese Maßnahmen sollten auf nationaler und EU-Ebene überwacht und in den aktualisierten Fassungen der NAP behandelt werden.

- [European Expert Group: Call for stronger prevention of child institutionalisation](#) 

Eurostat: Lebenserwartung 2023 in der EU um 0,9 Jahre gestiegen

„Durchschnittliche“ Europäer:innen können nun darauf hoffen, das Alter von 81,5 Jahren zu erreichen. Damit hat die EU ihre Lebenserwartung von vor der Pandemie wieder erreicht und sogar leicht übertroffen (um 0,2 Jahre). Die höchste Lebenserwartung ist in Spanien zu finden (84,0 Jahre), die niedrigste in Bulgarien (75,8 Jahre). Deutschland liegt seit zwei Jahrzehnten nur noch im Mittelfeld und hat mit 81,2 Jahren den niedrigsten Wert außerhalb Osteuropas. Nach der COVID-19-Pandemie ist die Lebenserwartung von Männern in der EU stärker angestiegen als die höhere Lebenserwartung der Frauen.

- [Eurostat: EU-Lebenserwartung 2023 auf 81,5 Jahre geschätzt](#)

30. Jubiläum des Jahres der Familie

2024 jährt sich zum 30. Mal das internationale Jahr der Familie. Seit 1994 wird am 15. Mai der internationale Tag der Familie begangen. COFACE Families Europe hat aus diesem Anlass eine Veranstaltung in Brüssel durchgeführt, auf dem eine Bilanz der fünfjährigen Tätigkeit der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen vorgestellt wurde (s. nächster Artikel). Die in der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) zusammengeschlossenen Familienorganisationen haben aus demselben Anlass und ebenfalls im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament dazu aufgerufen, dass sich die politischen Parteien, das neu gewählte EU-Parlament sowie die neue EU-Kommission diskriminierungsfrei für alle Familienformen einsetzen. Sie haben zudem appelliert, demokratiefeindlichen und rassistischen Kräften eine Absage zu erteilen.

- [Stellungnahme der AGF: diskriminierungsfreies Eintreten für alle Familien auf der europäischen Ebene](#)

Berichte und Studien

COFACE Families Europe: Lage der Europäischen Union für die Familien 2019-2024

Am Internationalen Tag der Familie 2024 und im Vorfeld der Europawahlen im Juni veröffentlichte COFACE ihre Bestandsaufnahme der Arbeit der Europäischen Union von 2019 bis 2024 sowie ihre wichtigsten Forderungen an die EU für die Amtszeit 2024 bis 2029. COFACE hat die Arbeit der EU in den Jahren 2019 bis 2024 bewertet und untersucht, wie sie dazu beiträgt, positive Ergebnisse für heutige Familien zu erzielen. Sie stellt fest, dass es in den letzten Jahren zahlreiche positive Schritte und Regelungen gab, die Situation für die Familien jedoch nach wie vor

kritisch sei, vor allem angesichts der vielen Krisen (Gesundheit, Energie, Krieg, Klima). COFACE schlägt zehn spezifische Maßnahmen für die nächste fünfjährige Mandatsperiode vor und fordert eine angemessene und zügige Umsetzung von Maßnahmen auf der nationalen Ebene.

- [Bericht von COFACE: State Of The European Union For Families 2019-2024](#)  
- [10 Forderungen von COFACE zur Europawahl: Act Now For Families Of Today](#)  

UNICEF: Spiele und Wohlergehen von Kindern

Eine neue Studie von UNICEF Innocenti geht der Frage nach: Können Videospiele zum Wohlbefinden von Kindern beitragen und wenn ja, wie? Auf Grundlage der wissenschaftlichen Untersuchung von Hunderten von Kindern in sechs Ländern über viele Monate wurde gefolgert, dass digitale Spiele tatsächlich zum Wohlbefinden von Kindern beitragen können. Sie könnten helfen, ein Gefühl der Kontrolle und der Entscheidungsfreiheit zu erleben, sich zurechtzufinden und Erfolgserlebnisse zu haben. Zudem könnten sie beim Erleben und Regulieren von Emotionen unterstützen und helfen, soziale Beziehungen zu pflegen. Um Kinder zu unterstützen und zu ihrem Wohlbefinden beizutragen, müssen Spiele jedoch mit Blick auf ihr Wohlergehen konzipiert werden. Außerdem empfiehlt die Studie den Eltern, den Kindern bewusst zu machen, wie viel Zeit sie spielen, um ihnen zu helfen, eine Balance zu finden.

- [Zum Report von UNICEF: Responsible Innovation in Technology for Children](#) 

UNICEF u. a.: Maßnahmen gegen Gewalt von Intimpartnern und Gewalt gegen Kinder

In einer systematischen Auswertung wurden Interventionen untersucht, die Gewalt durch Intimpartner und Gewalt gegen Kinder durch Eltern oder Betreuer:innen vorbeugen oder darauf reagieren. Das Ziel der Studie bestand darin, gemeinsame Interventionskomponenten und Mechanismen zu identifizieren, die zu einer Reduzierung dieser Gewalt führen. Es wurden 30 verschiedene Interventionen aus 16 Ländern ermittelt, von denen 20 auf beide Formen der Gewalt abzielen. Zu den wichtigsten Ansätzen und Präventionsmaßnahmen gehörten verbesserte Kommunikation, Konfliktlösung, Reflexion über schädliche Geschlechternormen und Bewusstsein für die negativen Folgen der beiden Gewaltformen für Kinder. Die Studie wurde von der London School of Hygiene, der Medizinischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München und UNICEF durchgeführt.

- [Artikel in „The Lancet“: Interventions that prevent or respond to intimate partner violence ...](#)  

EU-Forschungsbericht zur nationalen Umsetzung der Work-Life-Balance-Directive

Die EU-Kommission hat einen neuen Bericht des „European network of legal experts in gender equality and non-discrimination“ veröffentlicht, der eine Bilanz der bisherigen Umsetzung der Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zieht. Der Bericht stellt fest, dass es noch viele Probleme bei der Umsetzung gebe, und liefert einige Informationen über den Stand der Dinge: So habe bis zum 30. Juni 2023 nur ein Land (Niederlande) die Richtlinie in mehr oder weniger zufriedenstellender Weise umgesetzt. Die anderen 26 Länder wiesen, trotz der von einigen von ihnen unternommenen Anstrengungen, in einem oder mehreren Bereichen erhebliche Lücken auf. Die Bereiche mit den meisten Lücken seien Elternzeit und/oder Elterngeld (in 17 Ländern), flexible Arbeitszeitregelungen (15 Länder) und Rechtsschutz (14 Länder). Es gebe aber auch einige positive Entwicklungen, z. B. bei der Umsetzung der Elternzeit. Für Deutschland wurde eine fehlende angemessene Vaterschaftszeit angemahnt.

- [EU-Forschungsbericht: The transposition of the Work-Life Balance Directive in EU Member States](#)  

EU-Forschungsbericht: Techniken und Anforderungen für die Alterskontrolle im Internet

Die Alterskontrolle ist einer der Ansätze für den Schutz von Kindern im Internet, wie sie im Gesetz über digitale Dienste (DSA), in der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD) und in der Strategie für ein besseres Internet für Kinder+ (BIK+) erwähnt wird. Die Europäische Kommission (GD Connect) hat daher einen Forschungsbericht in Auftrag gegeben, um sowohl die rechtlichen als auch die praktischen Aspekte der Alterskontrolle zu umreißen und ihre Notwendigkeit, ihre Methoden und die damit verbundenen Herausforderungen darzulegen.

Der Bericht befasst sich mit den zehn wichtigsten Methoden der Altersüberprüfung und ihren Vor- und Nachteilen: (1) Selbstdeklaration, (2) harte Identifikatoren, (3) Kreditkarten, (4) selbständige Identität, (5) Bestätigung des Kontoinhabers, (6) plattformübergreifende Authentifizierung, (7) Altersschätzung anhand des Gesichts, (8) Verhaltensprofilierung, (9) Fähigkeitstests und (10) Alterskontrolldienste von Dritten. Der Bericht untersucht auch zehn Schlüsselanforderungen an Instrumente zur Alterskontrolle: Verhältnismäßigkeit, Datenschutz, Sicherheit, Genauigkeit, Funktionalität, Einbeziehung, Beteiligung, Transparenz, Benachrichtigungsmechanismen und Berücksichtigung der Perspektive des Kindes. Verfasst haben den Bericht Mohammed Raiz Shaffique und Simone van der Hof vom Zentrum für Recht und digitale Technologien (eLaw) an der Universität Leiden, Niederlande.

- [EU research report: Mapping age assurance typologies and requirements](#) 

Neue Studie zur globalen Krankheitslast: Kindersterblichkeit trotz Pandemie gesunken

Die Global Burden of Disease Study liefert vergleichbare Gesundheitsdaten zur EU sowie anderen Weltregionen und einzelnen Staaten. Sie beinhaltet u.a. diverse Daten zur Lebenserwartung, Todesursachen, Risikofaktoren, Krankheiten und Verletzungsarten inklusive Prognosen bis 2050. Nach der Anzahl der Themen, der berechneten Schätzwerte (über 600 Milliarden), der Mitwirkenden (über 12.000) und der genutzten Rechenleistung dürfte es sich um die größte Gesundheitsstudie überhaupt handeln. Sie ist an der Universität von Washington angesiedelt und wird von der Bill & Melinda Gates Foundation gefördert. Fact Sheets zu jedem der Themen sowie Onlinetools bieten Zugang zu den Daten. Die Studie wurde bisher alle zwei bis drei Jahre aktualisiert.

Zu den aktuellen Ergebnissen gehört, dass die Lebenserwartung global wegen der COVID-19-Pandemie um 1,6 Jahre gesunken sei. Gleichwohl sei die Kindersterblichkeit weiter zurückgegangen, wenn auch verlangsamt, von etwa 5,21 Millionen Todesfällen bei Kindern unter fünf Jahren weltweit im Jahr 2019 auf 4,66 Millionen im Jahr 2021. In der EU waren es 2021 etwa 15.000, und in Deutschland 2.770, mit deutlich geringerer Veränderungsrate.

- [Global Burden of Disease Collaborators: GBD 2021 Study](#) 

Umfrage der TUI-Stiftung: Was junge Menschen von Europa halten

5.874 Europäer:innen im Alter von 16 bis 26 Jahren hat die TUI-Stiftung in sechs EU-Ländern befragt (Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Polen und Spanien). Mehr als die Hälfte der Befragten findet, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU „eine gute Sache“ sei. In der EU sehen die jungen Menschen mehr Stärken als Schwächen. Reisefreiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit finden große Zustimmung. Wahlen und Demonstrationen sind für junge EU-Bürger:innen die wichtigsten Mittel, um politischen Einfluss auszuüben. Jedoch sagt nur knapp ein Fünftel, dass das Parlament des eigenen Landes oder das EU-Parlament sie stark oder sehr stark vertritt. Rund ein Drittel der jungen Erwachsenen hat den Eindruck, im jeweiligen Land würden eher die Interessen von Älteren berücksichtigt. Als wichtigste Themen werden Migration und Asyl mit 36 % sowie

Umwelt- und Klimaschutz mit 26 % gesehen. Vier von zehn Befragten sehen die Demokratie in ihrem Land in Gefahr. Viele nehmen große gesellschaftliche Spannungen und eine politische Polarisierung wahr.

➤ [Jugendstudie der TUI-Stiftung: Junges Europa 2024](#) 📄

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
1. Juni 2024	Global Day of Parents – 2024: The Promise of Playful Parenting	UN
4. Juni 2024, online	Häusliche Pflege und Digitalisierung: Wo es hakt – und wie wir weiterkommen	Einstein Center Population Diversity
4. Juni 2024	International Day of Innocent Children Victims of Aggression	UN
5.-8. Juni 2024, Boston, USA	Coping With Transition: Individual, Family, and Beyond	AFCC
6.-9. Juni 2024, EU- weit (in Dtl. 9. Juni)	Europawahl	EU
10. Juni 2024, online	Avoiding Fragmentation In Family Policy: Reflections From Some European Countries	ICCFR in co-operation with COFACE and CISF
10.-11. Juni 2024, Paris	OECD Forum on Gender Equality: Navigating global transitions	OECD
12. Juni 2024	World Day Against Child Labour – 2024: End Child Labour!	UN
16. Juni 2024	International Day of Family Remittances	UN
18. Juni 2024, Brüssel	Auf Kurs mit Blick auf 2030? Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in der EU	EU-Kommission und belgische Ratspräsidentschaft
20. Juni 2024, online	BREAKFAST BYTES 2024: Key tools for driving change towards parenting equality in Poland	COFACE Families Europe
20. Juni 2024	World Refugee Day - 2024: Hope Away from Home	UN
2.-3. Juli 2024, Malta	Eurochild Convention 2024 – Fostering Rights-Based Solutions to Tackle Child Poverty and Social Exclusion across Europe	Eurochild
3. Juli 2024, online und auf Malta	Using children’s rights to recover from the global pandemic	Building Children's Futures project

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
9. Oktober 2024, Berlin	Europäisches Fachgespräch zur Rolle der kommunalen Ebene bei der Umsetzung der Europäischen Kindergarantie	AGF
17. Oktober 2024, Berlin	Care-Verantwortungen in transnationalen Familien	AGF, DeZIM und TraFaDy
14.-16. November 2024, Malta	2024 ICCFR Conference: Intergenerational Perspectives in Families – Challenges and Opportunities	ICCFR
6.-7. Februar 2025, Malta	1st International Conference on Strong Blended Families	The Malta Foundation for the Wellbeing of Society und University of Malta

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e. V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)

Gefördert vom:

